

# Heimliche Existenzen

## Im Schatten der Großstadt Berlin

*Katja Grote*

Sonntag Nacht: Quietschend fährt der Zug aus Warschau in den Berliner Ostbahnhof ein. Als er schließlich zum Stehen kommt, springen die ersten Passagiere behende aus ihren Waggons. Schnell bilden sich Gruppen, nur wenige ziehen alleine los. Man unterhält sich, zumeist nicht in Deutsch. Es sind vor allem Polinnen und Polen, die zu so später Stunde den Ostbahnhof verlassen, um in ihre bescheidenen Quartiere zu ziehen. Mehr als neun Stunden Zugfahrt haben die meisten bereits hinter sich. Drei oder vier harte Wochen liegen vor ihnen, bevor sie dann erneut den Zug in Richtung Heimat besteigen. Etwa 100.000 Polen pendeln regelmäßig zwischen Berlin und ihrer polnischen Heimatstadt hin und her. Sie reisen als Touristen ein, gelten aber als "illegal", sobald sie einer Beschäftigung nachgehen.

Seit dem 8. April 1991 können polnische Staatsangehörige ohne Visum in die Bundesrepublik Deutschland einreisen und sich hier bis zu drei Monate als Touristen aufhalten. Die Arbeitsaufnahme ist jedoch verboten. Dennoch ist die Anzahl derjenigen groß, die in Polen leben und in Deutschland ihren Lebensunterhalt verdienen. Die ungleich höheren Löhne hier lassen selbst jede noch so schlechte Arbeit als annehmbar erscheinen. Für die Männer und Frauen ist dieses Leben zwischen zwei Welten riskant. Als "Illegale" tragen sie stets den Makel der Kriminalität mit sich. Dabei ist ihr einziges Vergehen der Wunsch nach einem lebenswerten Leben. Weil die legalen Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme begrenzt sind, müssen die Pendler schlechte Arbeitsbedingungen und außertarifliche Löhne in Kauf nehmen. Anspruch auf Sozialversicherungsleistungen haben sie genau so wenig wie einen Arbeitsvertrag.

Karol ist 43 Jahre alt. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. Seine Familie lebt in der Nähe von Krakau. Als gelernter Autoschlosser fand er in Polen keine Arbeit. So fuhr er zunächst LKW, später Taxi. Der Verdienst hielt die Familie mehr schlecht als recht über Wasser. Daran änderten auch zwölfstündige Schichten nichts. Vor allem seit die älteste Tochter studiert und seine Frau arbeitslos geworden ist, reicht das Geld zum Leben nicht mehr. "1000 Zloty sind einfach nicht genug für fünf Personen." Doch klagen will er nicht. Vor zwei Jahren vermittelte ihm eine seiner Schwestern, die in Berlin lebt, einen Job. Nun verlegt er im Auftrag einer Firma Fliesen und Parkett, setzt Fenster und Türen ein oder malert und tapeziert Wohnungen. Bei ca. sechs bis sieben Euro pro Stunde kann er in sechs Wochen bis zu 3000 Euro verdienen. Dafür arbeitet Karol zumeist 12 Stunden am Tag, sieben Tage die Woche. Freizeit gönnt er sich nicht. Ohne seine Familie fühlt er sich ohnehin allein. "Mein normales Leben ist in Polen. Hier? Das ist nicht normal." Nach sechs Wochen harter Arbeit fährt Karol für zwei Wochen zu seiner Familie. Doch die Zugfahrt ist teuer und anstrengend. Häufigere

Besuche kann sich die Familie nicht leisten. Trotz der widrigen Umstände und der psychischen Belastung zeigt sich Karol zufrieden. Er weiß, dass er keine andere Möglichkeit hat, das notwendige Einkommen zu beschaffen. Die größte Angst hat er vor einem Arbeitsunfall. Als ein Kollege von einem Baugerüst stürzte, musste er zur Behandlung erst nach Polen in ein Krankenhaus gefahren werden. Als "Illegaler" hat man keine Krankenversicherung in Deutschland. Karol zahlt seine polnische Krankenversicherung selbst. Für seinen Arbeitgeber ein komfortabler Zustand, müsste er doch sonst Sozialversicherungsbeiträge entrichten.

Bei der Polin Monika liegt das Leben als "Illegale" in Berlin schon einige Jahre zurück. Heute kann sie sich normal auf der Straße bewegen, kann zu akzeptablen Bedingungen ihr Geld verdienen und so ihr Studium finanzieren. 1993 bekommt die gelernte Flugzeuggerätemechanikerin und diplomierte Kunsterzieherin die Gelegenheit, aus ihrem polnischen Dorf wegzugehen und nach Berlin zu ziehen. Sie überlegt nicht lange. "Ich war damals schon 25. Das war wirklich die letzte Möglichkeit abzuhauen." Mit Polen verbindet sie nicht viel. Sie fühlt sich eingeengt, versteht die Engstirnigkeit ihrer Landsleute nicht und hat vom Katholizismus die Nase voll. Zudem kann sie sich ihren Wunsch zu studieren nicht erfüllen. Da kommt das Angebot einer Freundin, sie während ihres Urlaubs zu vertreten, wie gerufen. Spontan besteigt sie im September 1993 mit einer kleinen Reisetasche den Nachtzug nach Berlin. Über das, was auf sie zukommt, macht sie sich keine großen Gedanken. Sie weiß, dass der erste Monat gesichert ist und ist optimistisch, dass sie auch danach in Berlin bleiben kann. Eines steht für sie fest, nach Polen will sie nicht mehr zurück.

In Berlin vertritt sie zunächst ihre Freundin, die in verschiedenen privaten Haushalten putzt. Über ein gut organisiertes Netzwerk bekommt sie weitere seriöse Jobs vermittelt und hat nach einem Monat ihre eigenen Auftraggeber. Monika betont, wie wichtig solche Kontakte sind. Aus den Erzählungen anderer Osteuropäerinnen weiß sie, dass Menschenhandel und Zwangsprostitution keine Seltenheit sind. Monika arbeitet in den nächsten zwei Jahren fast sieben Tage die Woche. Nach der Arbeit besucht sie einen Sprachkurs an einer privaten Schule. Sie weiß, wenn sie weiterkommen will, muss sie Deutsch lernen. Ihre Wohnsituation ist in den ersten Monaten katastrophal. Sie kann zunächst den Platz ihrer Freundin in einer "Putzfrauen-WG" in Berlin-Schöneberg einnehmen. Dem deutschen Hauptmieter muss sie 350 DM für einen Schlafplatz in einer Zweiraumwohnung zahlen, die sich insgesamt sechs Polinnen teilen. Für ihre nächste Unterkunft zahlt sie sogar 1000 DM im Voraus für ein Acht-Quadratmeter-Zimmer, das sie mit zwei anderen Frauen bewohnt. Gegen diesen Wucher ist sie machtlos. Ihr rechtloser Status macht es ihr weder möglich, offiziell eine eigene Wohnung anzumieten, noch sich gegen die Ausbeutung durch Dritte zu wehren. Davon profitieren die Vermieter.

Der Polnische Sozialrat beklagt diese Rechtlosigkeit seit langem. Die Selbstorganisation polnischer Zuwanderer in Berlin will einerseits eine öffentliche Sensibilisierung für deren Probleme erreichen.

Andererseits geht es um ganz konkrete Unterstützung der Pendler. In eigens geschaffenen Beratungsstellen wie der "ZAPO (Zentrale Anlaufstelle für PendlerInnen aus Osteuropa)" sollen die illegalisierten Männer und Frauen über ihre Ansprüche und Rechte informiert werden. Täglich melden sich dort irreguläre Arbeiter aus Osteuropa, die um ihren Lohn gebracht wurden oder unter unmenschlichen Bedingungen leben. Der Polnische Sozialrat macht vor allem die deutsche Zuwanderungspolitik für diese Missstände verantwortlich, die zahlreiche Menschen erst in die Illegalität drängt und damit ausbeutbar und erpressbar macht.

Monika kann ihre "Scheinlegalität" 1995 endlich hinter sich lassen. Sie erhält die Erlaubnis, in Berlin zu studieren. Dabei ist das Wichtigste für sie, endlich "legal" arbeiten und eine Krankenversicherung abschließen zu können. Über ihren Job sagt sie: "Als Putzfrau wollte ich nie Karriere machen. Es war eher zwangsläufig, dass ich geputzt habe. Und als ich gemerkt habe, dass ich das jetzt aufgeben kann, war das wirklich eine große Erleichterung. Ich habe den Job gehasst."

Andere haben weniger Glück. Ein dauerhaftes Bleiberecht und eine Arbeitserlaubnis sind für Karol nicht in Aussicht. Daran wird auch die Osterweiterung der EU nicht so schnell etwas verändern. Denn auch wenn Polen vollständiges Mitglied der Europäischen Union sein wird, sollen polnische Arbeitnehmer ihre Arbeitskraft erst sieben Jahre nach dem Beitritt auf dem EU-Markt verkaufen dürfen. Damit soll verhindert werden, dass die Arbeitslosigkeit in der Grenzregion weiter steigt. Tatsächlich wird aber verhindert, dass polnische Pendler innerhalb dieser Frist ihren Aufenthalt legalisieren können. Traurig schüttelt Karol den Kopf. "Wir sind doch alle Menschen, die leben wollen."

*Erschienen ist der Text in den „Berliner Blätter“, 30/2003 Sonderheft, Titel: Europa an der Grenze. Ost Odra West Oder.*